

unterrichtspraxis

Beilage zu „bildung und wissenschaft“
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

GESCHICHTSDIDAKTIK

Die Lahrer „Stolpersteine“ für die Opfer der NS-Euthanasie

Die Auseinandersetzung mit den Opferschicksalen der NS-Gewaltherrschaft ist exemplarisch anhand von „Stolpersteinen“ möglich. Der Beitrag stellt drei Biographien aus Lahr dar und bereitet die Hintergründe auf.



Quelle: Gaby Käthe Huder

Der Stolperstein für Katharina Vieser

Opfer während der NS-Zeit

Sie verschwinden von einem Tag auf den anderen aus ihrem gewohnten Lebensumfeld. Ihre Entrechtung beginnt lange vor diesem Tag. Sie werden verfolgt, vertrieben, weil sie als Juden gelten oder in eine jüdische Familie geboren werden. Sie weisen körperliche, seelische oder geistige Besonderheiten auf und gelten deshalb als „lebensunwert“. Sie haben

eine politische Grundeinstellung, die als nicht konform gilt. Sie haben eine sexuelle Orientierung, die als unerwünscht bewertet wird und sie aus einer als „gesund geltenden Volksgemeinschaft“ ausschließt. Oder ihre religiöse Haltung hält sie davon ab, sich anzupassen und im Dienste des menschenverachtenden Systems zu funktionieren. All diese Menschen ver-

bindet eines: während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verlieren sie ihre Heimat, ihr Hab und Gut, ihre Gesundheit und eine Vielzahl von ihnen ihr Leben. An viele von ihnen erinnern in mehr als 500 deutschen Kommunen und im europäischen Ausland besondere Gedenksteine, genannt „Stolpersteine“.

Ein „Stolperstein“ und seine Bedeutung

„Stolpersteine“ sind Kleindenkmale in Form eines Würfels mit einer 10 x 10 cm großen Messingoberfläche, auf der der Schriftzug „Hier wohnte ... Name, Lebensdaten und Schicksal“ zu lesen ist. Sie stehen symbolisch für Lebensgeschichten von Menschen, die die nationalsozialistische Gewalt Herrschaft unmittelbar am eigenen Leib erfahren haben. Das Kunstprojekt geht auf eine Idee des Kölner Künstlers Gunter Demnig zurück, verdrängte und vergessene Erinnerung wieder mit Leben zu füllen. Auf seiner Internetseite spricht Demnig von einem Projekt, das die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der „Zigeuner“, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer im Nationalsozialismus lebendig erhält (vgl. Demnig 2014). Seit 2004 gibt es die kleinen, dezentralen Gedenksteine auch im badischen Lahr. Mittlerweile sind 39 von ihnen verlegt, sechs davon erinnern an Opfer der NS-Euthanasie.

Euthanasie – NS-Euthanasie: eine Unterscheidung

Der Begriff Euthanasie entstammt dem Griechischen und bedeutet „richtiger oder guter Tod“. Es gibt verschiedene Formen, einen sterbenden Menschen zu begleiten. Der ehemalige Oberarzt am Zentrum für Psychiatrie Emmendingen, Dr. Gabriel Richter, der zur Rolle der „Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen“ in den Jahren 1933 bis 1945 publiziert hat, unterscheidet nach folgenden Kriterien: „Sterbehilfe ohne Lebensverkürzung, ... durch Sterbenlassen, ... mit Lebensverkürzung, auch in gezielter Form“ (Richter 2012). Dem gegenüber steht die „Vernichtung so genannten „lebensunwerten Lebens“: „Hierbei handelt es sich nicht um Sterbende, sondern um Kranke und Behinderte, denen man unterstellt, dass sie gerne sterben würden oder unfähig sind, sich zu diesem Thema rechtsverbindlich zu äußern“. Den psychiatrischen Einrichtungen gegenüber wurden die Tötungen als „planwirtschaftliche Maßnahmen“ bekannt gegeben (Richter 2012).

Die geplante Ermordung

Im Jahr 2015 jährt sich zum 75. Mal der Beginn der planmäßigen Ermordung psychisch Kranker und geistig Behinderter im damaligen Reichsgebiet. Schätzungen gehen davon aus, dass dem Probelauf für den späteren Holocaust zwischen 270.000 und 300.000 Menschen zum Opfer fielen. In den sechs Vernichtungsanstalten Grafeneck auf der Schwäbischen Alb, Hadamar bei Limburg a. d. Lahn, Brandenburg, Bernburg, Sonnenstein/Pirna und Hartheim/Linz wird in den Jahren 1940/41 industriell gemordet. Vom 18. Januar bis zum 19. Dezember 1940 werden in Grafeneck, der ersten Vernichtungsanstalt im damaligen Reich, 10.654 Menschen durch Giftgas umgebracht, 927 von ihnen waren Patient/innen der „Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen“. Im badischen Lahr sind mindestens sechzig Menschen zu beklagen, die dieser Opfergruppe zuzurechnen sind. Nachfolgend stehen drei Lebensgeschichten von Menschen, die Opfer der NS-Euthanasie wurden, im Zentrum der Betrachtung. Sie sollen exemplarisch einen Zugang zur Auseinandersetzung mit den Schicksalen der Opfer ermöglichen.

Franz Ehinger (1891 - 1940) · Friedrichstr. 38

Als jüngstes von vier Geschwistern kommt Franz Ehinger als Sohn von Gregor Ehinger (1850 – 1915) und seiner Frau Karolina geb. Klauser (1846 – 1908) am 31. März 1891 in Lahr zur Welt. Er erlernt den Beruf des Stuckateurs. Über seinen Aufenthalt in Emmendingen und wann er dort Patient war, gibt eine Krankenakte im Bundesarchiv Berlin Auskunft.

Am 8. Juli 1940 steht Franz Ehinger auf der Transportliste an 14. Stelle von der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen in die Vernichtungsanstalt Grafeneck.¹

Mit ihm werden insgesamt 75 von 90 Männern „verlegt“ und vermutlich am gleichen Tag, spätestens jedoch einen Tag später, in der dortigen Gaskammer ermordet. Seine Schwester Karolina erhält Nachricht von der „Landes-Heil- und Pflegeanstalt Sonnenstein“. Ihr wird mitgeteilt, dass ihr Bruder gemäß ministerieller Weisung verlegt worden sei und „am 25. Juli 1940 unerwartet in Folge von Stirnhöhlenvereiterung und Gehirnhautentzündung verstorben sei“. Weiter heißt es, „dass alle ärztlichen Bemühungen vergebens und dass sein Tod als Erlösung anzusehen sei“. Wegen Seuchengefahr sei seine Leiche sofort verbrannt worden.

Eine Urne mit den sterblichen Überresten könne angefordert werden, was Franz Ehingers Schwester schließlich auch tut. Die Verschiebung der Akten innerhalb der damaligen Vernichtungsanstalten im Reichsgebiet geschah aus Tarnungsgründen und sollte verhindern, dass Angehörige Nachforschungen anstellten.

Der „Stolperstein“, der an sein Schicksal erinnert, wurde ebenso wie der von Ida Baumert geb. Obert am 12. Oktober 2005 verlegt.

¹)Landesarchiv BW, Staatsarchiv Freiburg, Bestand B 820/1, Nr. 1

Ida Baumert geb. Obert (1888 - 1940) · Schlosserstr. 3



Quelle: Gandy, Käthe Ruder

Ida Baumert im Jahr 1934

Ida Baumert geb. Obert ist das vierte von fünf Kindern von Theodor Obert (1842 – 1912) und seiner Frau Berta geb. Flach, Jg. 1854. Sie kommt am 6. November 1888 in Lahr zur Welt und erlernt den Beruf der Modistin, was ungewöhnlich ist für eine Frau in jener Zeit. Ihre Enkeltochter berichtet, sie sei sehr geschickt gewesen in ihrem gewählten Beruf.

Am 1. Februar 1910 heiratet sie den in Strasbourg geborenen Reichsbahnbersekretär Karl Baumert. Der Familie werden zwei Kinder geboren. Bereits in den ersten Ehejahren sei sie starken Stimmungsschwankungen ausgesetzt gewesen, deren Ursache der Familie aber nicht bekannt war. Karl Baumert erhängt sich einen Tag vor Weihnachten des Jahres 1928. In der Todesnachricht, die allgemein auf Handzetteln in Kirchen ausgelegt waren, heißt es: „Zur frommen Erinnerung an meinen lieben, unvergesslichen Gatten, unsern guten treu sorgenden Vater, Bruder und Onkel Karl Baumert, geb. 9. Oktober 1884 – gest. 23. Dezember 1928 zu Neuenburg am Rhein. Ein treuer Gatte ist geschieden, der liebe Vater ist nicht mehr; ruhe sanft in Gottes Frieden, der Abschied ward uns doppelt schwer.“¹ Es ist zu vermuten, dass Ida Baumert aufgrund der Traumatisierung durch dieses Ereignis in die „Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen“ eingewiesen wird. Zudem ist sie im Alter von 40

Jahren mit ihren beiden Kindern alleine und sich selbst überlassen. Auch sie fällt der anschließend noch genauer erläuterten Aktion T 4 zum Opfer. Als gute, fleißige Arbeiterin wird Ida Baumert zweimal von Anforderungslisten gestrichen, doch am 26. November 1940 wird sie zusammen mit acht weiteren Frauen und neun Männern nach Grafeneck „verlegt“ und anschließend ermordet. Eine dieser acht Frauen war meine Großmutter Katharina. Die Nachricht von ihrem Tod wird durch die Vernichtungsanstalt Hartheim/Linz den Angehörigen mitgeteilt. Auf einem Handzettel steht zu lesen: „Gedenket im Gebete unserer lieben guten Mutter Ida Baumert geb. Obert, geb. 6. November 1888 in Lahr (Baden), gest. 12. Dezember 1940 in Hartheim (Oberdonau). O Gott, du hast in deinem unerforschlichen Rat-schluss unsere liebe Mutter aus diesem Leben abberufen, wir bitten dich, deiner und ihrer Kinder und schenke ihr das ewige Leben“.

1) Die Handzettel, auf denen die Todesnachrichten vermerkt sind, wurden mir anlässlich der Verlegung des Stolpersteins für Ida Baumert geb. Obert durch ihre Nichte Mechthild übergeben.



Quelle: Gandy, Käthe Ruder

Erinnerung an Franz Ehinger



Quelle: Gandy, Käthe Ruder

Dieser Stein erinnert an Ida Baumert

Meine Großmutter Katharina (1898 – 1940) · Eingangsbereich Friedrichschule Lahr · Stefanienstr. 33

Als zehntes von elf Kindern kommt sie am 21. November 1898 in Lahr zur Welt und wächst im elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb auf. Sie gilt als fröhliches Kind und begabte Schülerin. Der zwei Jahre ältere Bruder Wilhelm verunglückt tödlich im Alter von achtzehn Jahren. Sie heiratet meinen Großvater am 3. März 1923 und bringt genau zwei Jahre später ihren ersten Sohn zur Welt. Drei Monate zuvor war ihr Vater gestorben. Sechs Wochen nach der Geburt wird sie „fürsorglich“ für ein halbes Jahr in die „Heil- und Pflegeanstalt Illenau“ aufgenommen. Ihre Diagnose „Schizophrenie“ erstellt das Allgemeinkrankenhaus Lahr. Doch vermutlich leidet sie an einer Wochenbettdepression. Am 23. April 1929 kommt der zweite Sohn zur

Welt. Ihre nächste Einweisung erfolgt am 29. September 1931 in die „Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen“. Nach einem weiteren Aufenthalt von einem halben Jahr wird sie noch einmal für drei Monate nach Hause entlassen, bevor sie am 25. Juli 1932 ihren längsten und letzten Aufenthalt für die Dauer von acht Jahren antritt. Klagen über medizinische Versuche an ihr bleiben ungehört. Ihr Mann lässt sich am 6. Juli 1934 scheiden und heiratet im Mai 1935 erneut. Eine Rückkehr zu ihrer Familie ist ebenso wie die zu ihrer Herkunftsfamilie ausgeschlossen. Ihre Krankenakte verzeichnet zu Beginn Einträge im Abstand von zwei bis drei Wochen, zwischen 1937 und 1940 sind es noch neun Kurzberichte. Bei stabilem Gesundheitszustand kommt eine

Entlassung dennoch nicht zustande. Der letzte Eintrag in ihrer Akte, notiert in anderer Handschrift, lautet schließlich: „verlegt aus planwirtschaftlichen Gründen“. Am 26. November 1940 fährt der graue Bus der „Gemeinnützigen Krankentransport GmbH“ vor, um neun Frauen und neun Männer abzuholen. Sie stehen auf der Transportliste 147. Meine Großmutter ist an 15. Stelle erwähnt, reduziert auf die entmenslichte Nummer „Z 33.105“ und ihre letzte Fahrt in den Tod beginnt. Der Gedenkstein wird im Rahmen einer Gedenkfeier am 22. November 2006 mit zwei Schulklassen, Teilen des Kollegiums, der Schulleitung und weiteren historisch Interessierten verlegt und korrespondiert mit den Lebensdaten meiner Großmutter.



Quelle: Gardy Käthe Ruder

Die Großmutter der Autorin im Jahr 1923



Quelle: Gardy Käthe Ruder

Der Stolperstein für die Großmutter der Autorin

Quelle: imago



Gedenkstätte für die Opfer der T4-Aktion

Die „Aktion T 4“, auch „Aktion Gnadentod“ genannt

Hier handelt es sich um den Tarnnamen einer Organisation, die für die Erfassung, Verlegung und Tötung psychisch Kranker und geistig Behinderter zuständig war. Ab April 1940 befindet sich das Verwaltungsgebäude in der Berliner Tiergartenstr. 4. Bezeichnenderweise gibt es dort heute einen Busbahnhof und inzwischen auch eine Gedenkstätte.

In Berlin war der Sitz der drei Kanzleien Adolf Hitlers:

1. die „Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers“, der er selbst vorstand,
2. die „Reichskanzlei“ mit Staatssekretär Hans Heinrich Lammers als Vorsitzendem,
3. die „Kanzlei des Führers der NSDAP“, mit Reichsleiter Philipp Bouhler in leitender Position. Letztgenannte Kanzlei bestand aus fünf Hauptämtern. Der persönliche Leibarzt Adolf Hitlers, Dr. Viktor Brack, leitete Hauptamt II. Er und Philipp Bouhler drängten Adolf Hitler zur Unterzeichnung des so genannten „Euthanasie-Erlasses“, in dem es heißt: „Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse

namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.“

Die Unterzeichnung findet im Oktober 1939 statt und wird zurückdatiert auf den Tag des Kriegsbeginns, dem Beginn des Kampfes also gegen die „inneren und äußeren Feinde“ des Reiches. Die einzige juristische Grundlage, um den Massenmord zu rechtfertigen, steht geschrieben auf einem privaten Briefbogen Adolf Hitlers. Involviert in den Vorgang ist das Reichsministerium des Innern, als einziger staatlicher Stelle. Selbst Reichsjustizminister Dr. Gürtner erfährt vom Erlass am 27. August 1940, also quasi ein Jahr nach Inkrafttreten, als die Tötungsaktionen schon in vollem Gang sind.

Die Organisationszentrale ist untergliedert in drei Scheingesellschaften:

1. „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten“: Sie ist für die Erfassung aller Heil- und Pflegeanstalten zuständig, verschickt Meldebogen und leitet sie an Gutachter weiter. Medizinischer Leiter und späterer

Obergutachter ist Prof. Werner Heyde, Leiter ist Dr. jur. Gerhard Bohne.

2. „Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege“: Sie ist für Einrichtung und Wartung der Tötungsanstalten verantwortlich und zuständig für den Ankauf des Giftgases sowie Auswahl und Einstellung des NS-Euthanasie-Personals mit Willi Schneider als Leiter.
3. „Gemeinnützige Krankentransport GmbH“ unter der Leitung von Reinhold Vorberg, der sich auch „Hinterthal“ nannte: Ihre Aufgabe ist es, Verlegungslisten zusammenzustellen und an die Stammanstalten wie auch an die Tötungsanstalten zu versenden und den Transport der Kranken mit deren Krankenakten in die Tötungsanstalten durchzuführen.

Am 21. September 1939 unterzeichnet Dr. Leonardo Conti (Reichsministerium des Innern) einen Runderlass zur Erfassung aller Heil- und Pflegeanstalten zwecks Erstellung eines Verzeichnisses. Der Erlass umfasst Meldebogen, die genau auszufüllen und bis zum 1. November 1939 zurückzusenden sind. Neben der Anstalt, dem Namen der Patient/in, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Rasse sowie der Diagnose sollen Angaben gemacht werden über Art der Beschäftigung, Dauer des Anstaltsaufenthalts, Kriminalität, Straftaten. Außerdem die Anschrift der nächsten Angehörigen, regelmäßige Besuche, Vormundschaft und Kostenträger. Ein schwarz umrandeter Kasten entscheidet später über ein rotes Plus für das Leben oder ein blaues Minus für den Tod. Erfasst werden nicht oder kaum arbeitsfähige Patient/innen, die an „Schizophrenie, Epilepsie und anderen senilen Erkrankungen, therapie-refraktäre Paralyse und anderen Lues-Erkrankungen, Schwachsinn jeder Ursache, Enzephalitis, Huntington und anderen neurologischen Endzuständen“ leiden. „Ferner ist anzugeben, ob sich der Patient seit mehr als fünf Jahren dauernd in Anstalten befindet, ob er als krimineller Geisteskranker verwahrt wird, nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder nicht deutschen oder artverwandten Blutes ist unter Angabe von Rasse und Staatsangehörigkeit“.

Geschehnisse am Tag der „Verlegung“ und in den Vernichtungsanstalten

Die Vorgänge, die sich in den sechs Vernichtungsanstalten ereigneten, kämen nach heutigem juristischem Ermessen dem Straftatbestand des Mordes oder der Tötung gleich. In den Jahren 1940/41 entsprachen sie legalisiertem juristischem Handeln und liefen wie folgt ab:

Am Tag der „Verlegung“ werden die Todgeweihten durch das Pflegepersonal an den Stammanstalten, hier die „Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen“ auf ihre Abholung vorbereitet. Zum Handgepäck zählen nur wenige persönliche Gegenstände. Die jeweiligen Anstaltsleiter sind zum Stillschweigen unter Androhung von Hochverrat verpflichtet. Sie können noch Streichungen auf den Anforderungslisten vornehmen, dürfen aber die Transportkapazität von 75 Pfleglingen nicht unterschreiten. Am Tag der „Verlegung“ fahren drei graue Busse der früheren Reichspost vor. Sie sind ausgestattet mit nicht einsehbaren Milchglasscheiben. Wer randaliert oder schreit, wird mit „Beruhigungsmitteln“ gefügig gemacht. Die Fahrt in das etwa dreihundert Kilometer entfernte Grafeneck dauert mehrere Stunden. Die Vernichtungsanlage befindet sich in direkter Nähe zum weltberühmten Gestüt Marbach.

Bei der Ankunft - nach dem Überqueren des Bahngleises und vorbei am Postenhäuschen an der mit einem drei Meter hohen Bretterzaun bewehrten Anlage - warnt ein Schild mit der Aufschrift: „Betreten wegen Seuchengefahr verboten“. Der Posten meldet telefonisch die Ankunft des Konvois und die Einfahrt wird geöffnet. Sie trennt das Schloss von der Tötungsanlage. Diese besteht aus einer Aufnahmebaracke, dem Vergasungsschuppen, dem Verbrennungsofen und der Garage für die Omnibusse. Erste Station ist die Aufnahmebaracke. Sie ist 68 m lang und 7 m breit. Im Innern befinden sich mehrere Räume, von denen der in der Mitte liegende beheizt ist mit etwa 100 Betten, die mit Strohsäcken bedeckt und mit frischer Bettwäsche bezogen sind. Die Ankömmlinge werden aufgefordert, sich auszukleiden. Sie werden gemessen, gewogen und photographiert. Es schließt sich eine ein- bis zweiminütige Untersuchung an, die

aber keinem medizinischen Erkenntnisinteresse mehr dient. Vielmehr wird eine plausible Todesursache ermittelt, die später den Angehörigen mitgeteilt werden kann. Der Besitz von Goldzähnen wird entsprechend auf dem Rücken markiert, um sie vor dem Verbrennungsvorgang zu ziehen. Abschließend wird auf dem Meldebogen im schwarz umrandeten Feld das besagte rote Plus für die Ermordung oder ein lebensretendes blaues Minus vermerkt.

Nach Ablauf aller „Untersuchungen“ tritt die Gruppe den Weg über das Gelände an, bekleidet mit Soldatenmänteln. In der Luft liegt der süßliche Leichengeruch, der aus dem Krematoriumsofen kommt. Beim Vergasungsschuppen angekommen betritt die Gruppe den als Duschaum getarnten Raum. Die Türen werden verschlossen und der zuständige „Euthanasie“-Arzt Dr. Ernst Baumhardt, der sich auch Dr. Jäger nennt, dreht den Gashahn auf. Die Gasflaschen stellt die Firma Manesmann her, die Befüllung erfolgt durch die Firma BASF. Zwanzig Minuten dauert es, bis sich im Innern kein Lebenszeichen mehr regt. Nachdem die Ventilatoren eingeschaltet sind, können die Türen wieder geöffnet werden. Ein unvorstellbares Bild bietet sich im Innern. Die Leichen liegen ver-

krampt und ineinander verschlungen auf dem Boden zwischen Erbrochenem, Fäkalien und Menstruationsblut. Dieser Anblick wird später in einem geheutelten Schreiben an die Angehörigen als „sanftes Hinübergleiten“ beschrieben.

Danach kommt der Brenner zu seinem Einsatz, der sich in der nahe gelegenen Gestütswirtschaft seiner „Heldentaten“ rühmt. Pro Tag erhalte er einen Viertel Liter Schnaps für seine anstrengende Arbeit. Die ineinander verschlungenen Leichen bringt er in den Sezierraum, wo einigen von ihnen das Gehirn für die anatomische Forschung und ggf. die Goldzähne entnommen werden. Anschließend schiebt er zwei bis drei Leichen auf dafür speziell gearbeiteten Pfannen in den Verbrennungsofen. Die Schornsteine rauchen permanent, die Öfen kühlen nicht ab. Anschließend werden Urnen mit Asche und zerkleinerten Menschenknochen befüllt und mit einer Schamott-Plakette verschlossen. Darauf steht der Name des Ermordeten, sein Geburts- und das meist falsche Todesdatum sowie die fünfstellige Nummer, die bereits auf dem Meldebogen vermerkt war. Zusammen mit einem geheutelten Begleitschreiben wird die Urne den Angehörigen zur Beisetzung angeboten.



Quelle: imago

Die Gedenkstätte Grafeneck

Anregungen für Lehrkräfte

Diesen auch heute noch kaum vorstellbaren Vorgängen waren diejenigen ausgesetzt und unterzogen, die den Kriterien des nationalsozialistischen Rassenwahns zum Opfer fielen. Deshalb stellt es auch heute noch eine besondere Herausforderung für Lehrkräfte dar, das Wissen um diese Vorgänge der heranwachsenden Schülergeneration so zu vermitteln, dass dadurch ein Schutz vor rechtsradikalem Gedankengut und Menschenverachtung erwächst. Das ist nur durch das Hinschauen bei und Wahrnehmen von menschenverachtenden Handlungen möglich, das Ziel ist, nach menschlichem Ermessen Verantwortung zu übernehmen und zu handeln.

In Baden-Württemberg gibt es ein breites Netz an Initiativen und Vereinen, die sich der Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen verschrieben haben. Sie agieren unter dem Dach der „Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten in Baden-Württemberg“ und kooperieren mit der „Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg“ mit Sitz in Stuttgart. In den Initiativen und Vereinen steht der Mensch im Mittelpunkt. Informationen stehen zu den jeweiligen Lebensgeschichten und Schicksalen zur Verfügung.

Dokumente in den jeweiligen Archiven stellen einen weiteren Mosaikstein dar, wenn mit Schulklassen ein Projekt zu Stolpersteinen durchgeführt werden soll. Gibt es noch Angehörige oder Nachfahren, so können diese gegebenenfalls interviewt werden. Der Kontakt zum Künstler Gunter Demnig kann über dessen Internetseite erfolgen. Dort klärt man das weitere Vorgehen ab. Ihm ist es ein Interesse, weitere Gedenksteine zu verlegen, sodass Schülerinnen und Schüler auch selbst initiativ werden können.

Außerdem regt die Beschäftigung mit der Thematik dazu an, Gemeinderatsitzungen vor Ort zu besuchen. Kommunalpolitische Entscheidungen sind mitunter von Interessen getragen. Eine solche Entscheidung ist erforderlich, damit „Stolpersteine“ überhaupt verlegt werden können. Gelingt eine Kooperation aller Beteiligten, geschieht das im Sinne eines würdigen, respektvollen

Gedenkens an das Schicksal der Opfer als Beitrag, damit sich der Bruch in der deutschen und europäischen Geschichte nie mehr wiederholt und langfristig heil werden kann. **█**

Literatur

- **Dapp, Hans-Ulrich (1991, 97 – 99):** *Emma Z. Ein Opfer der Euthanasie.* Stuttgart. Quell-Verlag.
- **Demnig, Gunter (2014):** *Start.* www.stolpersteine.de [Tag der Zitation: 29.12.2014].
- **Historischer Verein für Mittelbaden, Regionalgruppe Geroldsecker Land (Hrsg.) (2014):** *Stolpersteine in Lahr. Ein Geschichtsprojekt mit Schülerinnen und Schülern der Klasse 10 a der Friedrichschule in Lahr, Schuljahr 2013/2014. Ubstadt-Weiher, Heidelberg, Neustadt a. d. W., Basel. Verlag Regionalkultur.*
- **Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.) (2000):** *Bausteine. „Euthanasie“ im NS-Staat: Grafeneck im Jahr 1940. Historische Darstellung, Didaktische Impulse, Materialien für den Unterricht.* Stuttgart. <http://www.lpb-bw.de/publikationen/euthana/>
- **Morlok, Karl (1990, 63 ff):** *Wo bringt ihr uns hin? „Geheime Reichssache“ Grafeneck*

Unsere Autorin



Gardy Käthe Ruder ist ehemalige Grund- und Hauptschullehrerin. Nach dem Ende ihrer Dienstzeit hat sie begonnen, frei zu publizieren und sich thematisch auf die NS-Zeit spezialisiert.
Kontakt: gardyrueder@web.de bzw. www.gardyrueder.de

Impressum

Die *Unterrichtspraxis* – Beilage zu „*bildung und wissenschaft*“, Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, erscheint unter eigener Redaktion achtmal jährlich.

Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlicher Redakteur), Helmut Däuble und Nicole Neumeister
Anschrift der Redaktion: Joachim Schäfer, Meisenweg 10, 71634 Ludwigsburg, E-Mail: unterrichtspraxis@gmx.de
Nachbestellungen über die GEW-Bezirksgeschäftsstellen (Adressen im Impressum von b&w). Dieses Heft kann auch online abgerufen werden:
<https://www.gew-bw.de/Page9540.html>

Gestaltung: Tomasz Mikusz, Süddeutscher Pädagogischer Verlag

Zum Mitarbeit sind alle Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen. Manuskripte sollten direkt an die Redaktion der *Unterrichtspraxis* adressiert werden.

- **Richter, Dr. Gabriel (Hg.) u. a. (2012):** *Die Fahrt ins Graue(n). Die Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen 1933 – 1945 – und danach. Emmendingen.*
- **Stöckle, Thomas (2002):** *Grafeneck 1940. Die Euthanasie-Verbrechen in Südwestdeutschland.* Stuttgart. Silberburg-Verlag.
- **Zerchin, Sophie (Dorothea Buck) (1999):** *Auf der Spur des Morgensterns. Ein Erlebnisbericht.* München. Econ&List.



**Linktipps
der Redaktion
zum Thema :**

Homepage des Projekts Stolpersteine
www.stolpersteine.de

„Stolpersteine zum Hören“ des SWR 2
www.swr.de/swr2/stolpersteine

Gedenkstätten in Baden-Württemberg
www.gedenkstaetten-bw.de

Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde in Berlin
<http://www.stiftung-denkmal.de/denkmaeler/gedenk-und-informationsort-fuer-die-opfer-der-ns-euthanasie-morde.html>

Materialien der Landeszentrale für politische Bildung zur Euthanasie
<http://www.lpb-bw.de/publikationen/euthana/>

Virtuelle Stolpersteine als Schulprojekt
<http://virtuellestolpersteine.wordpress.com/>

Stolpersteine als Projekt an beruflichen Schulen
<http://www.kultusportal-bw.de/Lde/775353>
<http://www.widmannschule.de/index.php/news-1/118-erweitertes-unterrichtsangebot/2355-das-projekt-stolpersteine>

Stolpersteine als Projekt einer Realschule in Wertheim
http://www.rsw.tbb.schule-bw.de/joomla/index.php?option=com_content&view=article&id=312:projekt-stolpersteine&catid=2:uncategorised&Itemid=614

Stolpersteine im Grundschulunterricht
http://www.stolpersteine-hamburg.de/?RECORD_ID=89

Kritik am Konzept Stolpersteine
<http://www.ndr.de/kultur/geschichte/Streit-um-Stolpersteine-stolpersteine222.html>

Buchtipps



BERND AHRBECK
Inklusion. Eine Kritik.
Brennpunkt Schule.

ISBN 978-3-17-028779-2

Kohlhammer Stuttgart 2. Aufl. 2014, Preis
 24,99 Euro

Dass dieses Buch in kurzer Zeit eine zweite Auflage erreichte, spricht für sich: Es bringt eine umfassende Auseinandersetzung mit dem, was gemeinhin mit „Inklusion“ bezeichnet wird. In seiner Einleitung stellt Ahrbeck fest: „Die Inklusion gilt zu Recht als ein allseits akzeptiertes Ziel, wer würde dem widersprechen. Sie soll dazu führen, dass die gesellschaftliche Zugehörigkeit und Teilhabe von Menschen mit Behinderung gestärkt wird, sich ihre individuellen Leistungsmöglichkeiten verbessern und die persönlichen Lebensperspektiven erweitern. (...) Es kann nur begrüßt werden, wenn zukünftig auch schulisch mehr Gemeinsamkeit von Kindern mit und ohne Behinderung gelingt. Doch das darf nicht bedingungslos geschehen und unter allen Umständen als ausschließlich richtiger Weg gelten“ (S. 6). In der öffentlichen Wahrnehmung und in Teilen des Fachdiskurses setzen wenige Stimmen die Akzente und repräsentieren ein radikales Inklusionsverständnis, das mit starkem Sendungsbewusstsein und hohem moralischen Ansprüchen vertreten wird und jede Art von Widerspruch als illegitim abqualifiziert. Kritiker geraten in Verdacht, grundsätzlich gegen Inklusion zu sein und werden sogar als „Inklusionsfeinde“ gebrandmarkt.

Im ersten Kapitel erörtert Ahrbeck den gegenwärtigen Stand der schulischen Inklusion, wobei er nicht nur statistisches Material zu den Integrations- bzw. Inklusionsquoten der deutschen Bundesländer, sondern auch Daten zur Situation in anderen, insbesondere skandinavischen Ländern einbezieht, bei denen es nach wie vor eine exkludierte Unterrichtsform behinderter Kinder gibt. Das zweite Kapitel befasst sich mit Inklusion und Exklusion; so etwa mit der „Schule für alle“, die jeden Schüler unabhängig von Art und Schwere der Behinderung oder sonstigen Besonderheit aufnimmt und so auf jede Form von „Aussonderung“ und „Ausschluss“ verzichten will: das Ideal der inklusiven Schule der Zukunft also.

Wie die Überschriften zu den weiteren Kapiteln zeigen, geht der Autor über die begrenzte Auseinandersetzung mit der schulischen Problemstellung weit hinaus, so etwa im vierten Kapitel unter der Überschrift: Auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Oder: Was ist eine inklusive Gesellschaft? Ausgangspunkt ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BRK), die 2008 von Deutschland ratifiziert wurde. Sie will, dass Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung geschützt und als wichtiger Teil der menschlichen Gemeinschaft angesehen und anerkannt werden. Umstritten ist aber, wie sie auszulegen ist: Kann sie dazu führen, das in mehr als zweihundert Jahren gewachsene System deutscher Schulen für Behinderte ganz abzuschaffen? Beinhaltet die Förderung junger Menschen mit Behinderungen in Sonderschulen tatsächlich „Diskriminierungen“, vor denen die UN-Konvention schützen will? Oder zielt sie nicht vielmehr auf Mitgliedsländer der UN, die kein oder ein unzureichendes System der schulischen und beruflichen Förderung von Menschen mit Behinderungen aufweisen?

Wie stark die Aufgabe einer bestmöglichen Förderung von jungen Menschen mit Behinderungen seit langem gesellschafts- und wirtschaftspolitisch befrachtet ist, wird an einer Aussage von H. Wocken deutlich: „Inklusion muss Widerstand leisten gegen den alltäglichen Sozialdarwinismus, gegen die Macht der Eliten und des Kapitals (...) Die Ideologie des Kapitalismus und Neo-Liberalismus sind mit der Philosophie der Inklusion nicht vereinbar“ (zitiert nach Ahrbeck S. 75).

Bernd Ahrbeck erörtert die vielschichtige Problematik äußerst gründlich, erschließt bisher wenig beachtete Zusammenhänge, wirft schwierige Fragen auf und sucht nach Antworten, die von ihm prägnant und fundiert, aber auch abgewogen gegeben werden. Er leistet eine „konstruktive Kritik“, die längst überfällig ist und spricht sich für ein Verständnis von Inklusion aus, das bescheidener auftritt als viele Äußerungen in der öffentlichen Diskussion, besonders auch im Fachdiskurs der Sonderpädagogik.

Ein gut lesbares Buch, das informiert und aufklärt; es kann sicher zu einer Versachlichung der Diskussion in der Lehrer- und Elternschaft beitragen.

Hans Stadler